

mokraten eine „Zeit“-Kopie „Was Albrecht schrieb“ verteilen und der FDP-Landtagsabgeordnete Peter-Jürgen Rau für die bevorstehenden Verhandlungen mit der CDU vorschlug: „Machen wir doch mal die Nagelprobe und fordern die Einführung der Folter.“ Man werde sehen, so Rau bitter, daß wohl auch darüber mit dem möglichen Partner von morgen zu reden ist.

## KOMMUNISTEN

### K und K

Vergebens bemühte sich bislang die größte Maoisten-Gruppe des Landes, der Kommunistische Bund Westdeutschland, ins Gespräch zu kommen. Jetzt wurde den Linken unverhofft Propaganda von Amtsseite zuteil.

Tadel kam von allen Seiten: Die konservative „Frankfurter Allgemeine“ rügte letzte Woche das „geheimnistuerische Vorgehen“ und die „paramilitärischen Sicherungsmaßnahmen“, mit denen Kiels CDU-Landesregierung den Baubeginn des Kernkraftwerkes Brokdorf ermöglicht hatte; die linksliberale „Frankfurter Rundschau“ kritisierte, der Polizeiaufmarsch erst habe viele Bürger zu Gewalttaten „proviziert“.

Um die überzogene Polizeiaktion zu rechtfertigen, brauchten Sprecher der schleswig-holsteinischen Landesregierung nur wenig mehr als drei Buchstaben zu nennen — KBW.

Und so entstand die Legende: In Brokdorf sei, zitierte „Bild“ das Kieler Kabinett, der „Kommunistische Bund Westdeutschland“ zusammen mit „2000 linksextremistischen Kräften“ zu



Victor di Milano GmbH · Postfach 50 06 08 · 8000 München 50



Frische on the rocks:  
Victor



Acqua di Colonia fresca,  
Shaving Cream, Shaving Foam,  
After Shave, After Shave Emulsion,  
After Shave Gel, Deodorant Spray,  
Soap, Bath Foam, Hair Lotion.



Signor Victor – eine der drei  
frischen Männererien von Victor.



KBW-Politikerin Helga Rosenbaum  
Opfer für „Caro“

einer „von langer Hand vorbereiteten Aktion“ angerückt.

In Wahrheit waren unter den rund 7000 Brokdorfer Demonstranten keineswegs 2000, sondern, nach Polizeischätzungen, allenfalls 200 Anhänger diverser maoistischer Splittergruppen, vor allem des KBW. Die kleine radikale Minderheit tat sich zudem weniger durch Militanz als durch Maulhurerei hervor: „Das Volk wird siegen.“

Weniger noch: Rechtzeitig bevor die Polizei mit Knüppeln und Chemo-Keulen über die Bauplatz-Besetzer herfiel, hatten sich die KBW-Anhänger, so Augenzeugen, „in Zehnerreihen“ davongemacht: Die Kommunisten waren offenbar frustriert von ihren vergeblichen Bemühungen, für die demonstrierenden Marschbauern „per Megaphon eine Art Imperialismus-Schulung“ abzuhalten.

So hätte die Öffentlichkeit von dem mißlungenen KBW-Auftritt kaum Kenntnis genommen — wenn nicht, wie die „Süddeutsche Zeitung“ kommentierte, „staatliche Stellen schnell zur Hand“ gewesen wären, eine unbequeme, von Tausenden getragene Bürgeraktion einigen Linksextremen anzulasten. Und denen hat es womöglich geholfen.

Denn ebenso hilfreich wie für die Kernkraft-Befürworter war die plötzliche Publizität für den KBW, der in der außeruniversitären Öffentlichkeit noch immer weithin unbekannt ist — obwohl er mit rund 2000 Mitgliedern in fünfzig Ortsgruppen die größte unter einer Vielzahl maoistischer Organisationen in der Bundesrepublik ist. Wohl auch die finanzkräftigste: Die Mitglieder des 1973 in Bremen gegründeten Bundes — darunter viele ehemalige Anhänger des SDS wie der jetzige „ZK-Sekretär“ Hans Gerhard („Joscha“) Schmierer — zeichnen sich, so das Bundesamt für Verfassungsschutz, durch „eiserne Disziplin und größte Opferbereitschaft“ aus; Akademiker führen monatlich bis zu 1000 Mark an die Organisation ab.

Der KBW ist denn auch in der Lage, seinen Spitzenfunktionären Gehälter (800 Mark netto) zu zahlen. In der parteiigen Druckerei „Caro“ machten Staatsschützer letztes Jahr eine Druckmaschine „im Werte von mehreren hunderttausend Mark“ aus, mit der unter anderem allwöchentlich 40 000 Exemplare einer „Kommunistischen Volkszeitung“ produziert werden.

In seinen Schriften bekennt sich der KBW offen zur Notwendigkeit einer „proletarischen Revolution“ wie zur „Diktatur des Proletariats“ — Ziele, die auch nach Interpretation des „Zentralen Komitees“ der Partei „nicht auf der Linie der Verfassung“ liegen. Gleichwohl beteiligt sich der KBW an Kommunal- und an Bundestagswahlen — ohne zählenswertes Ergebnis.

Nur in der Universitätsstadt Heidelberg kam die Chemie-Laborantin Hel-

ga Rosenbaum, 34, bei der Kommunalwahl 1975 mit 6073 Stimmen in den Stadtrat. Nach diversen Störungen allerdings beschlossen die Ratspolitiker von CDU, SPD und FDP unlängst einmütig, ihrer maoistischen Kollegin gemäß einer fast in Vergessenheit geratenen Klausel der Gemeindeordnung das Heidelberger Bürgerrecht abzuerkennen und sie damit von der Ratsarbeit auszuschließen.

Aber auch an den Hochschulen verloren die Mitglieder des KBW — nach Beobachtungen des südhessischen Jusovorsitzenden Matthias Kurth „elitär, zynisch und fanatisiert“ — an Einfluß. In einer Vielzahl von Studentenparlamenten sank bei den letzten Uni-Wahlen die Zahl ihrer Sitze.

Doch je mehr Niederlagen der KBW an den Hochschulen einstecken mußte, desto eifriger bemühte er sich, außer-

Um die massenhaften Lernprozesse zu beschleunigen, suchen KBW-Strategen zuweilen offenbar bewußt die Konfrontation mit der Polizei. Durch Gummiknüppel-Einsatz, schreibt der KBW-Bezirk Bremen-Unterweser in einem Flugblatt, „entlarvt“ sich der Staat; Polizeiaktionen förderten „die Einsicht, daß dieser Staatsapparat zer schlagen werden muß“.

Heftige Händel liefern sich die KBW-Leute allerdings auch mit der linken Bruderschaft, etwa der KPD/ML (Marxisten-Leninisten), der KPD oder dem „Kommunistischen Bund“ (KB). Umstritten zwischen allen „K-Gruppen“ ist vor allem die Frage, ob die Sowjet-Union der „schlimmste Feind“ der deutschen Arbeiter ist und die Bundeswehr folglich für einen vaterländischen Verteidigungskrieg gegen die Russen gerüstet



KBW-Sekretär Schmierer: Komisch statt kommunistisch

halb des Campus, in Arbeiter-, Bauern- und Bürgerinitiativen, an Gestalt zu gewinnen. Um „Volkskämpfe“ (KBW-Jargon) auszulösen und voranzutreiben, engagierte sich die Partei beispielsweise für niedrige Stromtarife und gegen Fahrpreiserhöhungen im Nahverkehr — am härtesten letztes Jahr in Heidelberg, wo Straßenschlachten mehr als 200 Verletzte forderten.

Wo immer sich Initiativen gegen Umweltverschmutzung auf tun — die Sektierer vom KBW „versuchen sich dranzuhängen oder die Führung an sich zu reißen“ (so ein Hamburger Bürgerinitiativler). Eines gelingt ihnen stets: in ihrer „Komischen Volkszeitung“ (Uni-Mund) anschließend zu vermelden, wieder einmal hätten ihnen „breite Teile des Volkes“ zugestimmt; die KBW-Aufrufe zum „Sturz des bürgerlichen Staates“ fänden „mehr und mehr Unterstützung bei den Volksmassen“.

werden müsse (KPD-Meinung); ob vielmehr ein Dreifrontenkrieg gegen den Bonner „Imperialismus“, den Moskauer „Sozialimperialismus“ und gegen den „US-Imperialismus“ nötig sei (KPD/ML-Position); oder ob im Kriegsfall zuvörderst die westdeutsche Bourgeoisie samt ihrer Bundeswehr attackiert werden müsse (KBW-Ansicht).

Und totale Verwirrung trug jüngst der Oktober-Umsturz in China unter die Links-Sektierer; viele reagierten völlig konfus und mit widersprüchlichen Kommentaren auf die Kämpfe zwischen den Pekinger Putschisten und der Schanghaier Linie. Der KBW gar verzichtete, bevor in China die Entscheidung gefallen war, auf jegliche eigene Wertung.

„Dieses verfaulte Gesindel“, empörte sich da der gegnerische KB, „würde sogar den Genossen Mao Tse-tung verraten, wenn es sein müßte.“ Muß ja nicht. ◆